

Die Sparbeschlüsse der Bundesregierung gefährden die öffentlich geförderte Beschäftigung in Bremen!

In Bremen sind 3700 Arbeitsplätze für Langzeitarbeitslose bei Initiativen, Vereinen und gemeinnützigen Trägern eingerichtet. Sie leisten in den vielen Projekten in den Stadtteilen unverzichtbare zusätzliche Arbeit.

Wenn die Sparbeschlüsse umgesetzt werden, wird dieses Angebot an Arbeitsplätzen im Jahr 2011 mindestens halbiert. Ein solcher drastischer Einschnitt ist sozial- und arbeitsmarktpolitisch nicht akzeptabel.

Im Bremer Westen sind nach den Ergebnissen des Wettbewerbs „Geförderte Beschäftigung und Soziale Stadtentwicklung“ erste nicht akzeptable Auswirkungen bereits erkennbar. Die Recyclingbörse wird in diesem Programm nicht weitergefördert, die WaBeQ wird ihr Angebot der Wohnumfeldverbesserung in allen bisher bedienten Quartieren (Marienwerderstrasse, Am Sacksdamm, Ratzeburgerstrasse) aufgeben müssen und in den neu vorgesehenen, in der Rostockerstrasse und in Osterfeuerberg nicht starten können. Die Fortsetzung der Arbeit im Wilden Westen wird comeback nicht möglich sein.

Der Wegfall wichtiger bewährter Angebote, gerade in den Stadtgebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf, steht in einem krassen Widerspruch zur proklamierten Zielsetzung den sozialen Zusammenhalt in der Stadt zu bewahren und zu fördern. Es wird erneut bei den Menschen gespart, die keine Lobby haben und sich nicht wehren können.

Die Stadtteilbeiräte Walle und Gröpelingen wenden sich gegen die beschlossenen Kürzungen der Bundesregierung und fordern die Landesregierung auf, mit eigenen Mitteln die Fortführung der Angebote zu ermöglichen.